

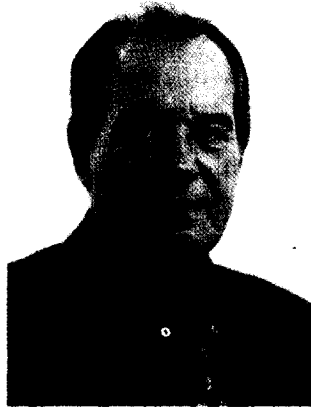
Konzertierte Aktion gegen die Ärzteschaft

Es ist wieder so weit. Wie schon mehrfach in den vergangenen Jahren ist die deutsche Ärzteschaft auch in diesem Herbst wieder massiven pauschalen Verdächtigungen von seiten der Politiker, der Krankenkassen und in deren Gefolge auch der Staatsanwaltschaften ausgesetzt. Manipulation, Betrug oder Verschwendung lauten die Anschuldigungen. Dabei geht es keinesfalls um das Fehlverhalten einzelner Kolleginnen oder Kollegen, auch nicht um sicherlich zu kritisierende Vorgänge in einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen. In allen Äußerungen und Taten wird vielmehr Wert darauf gelegt, die Ärzteschaft als Ganzes zu beschuldigen und – so sehe ich es – gezielt zu verunglimpfen.

Höhepunkte in der Kampagne waren die Fachtagung des Bundeskriminalamtes zu organisierter Kriminalität in der Ärzteschaft Anfang September und die kürzlich erfolgte Durchsuchungen einer KV und sogar der Privaträume von Vorstandsmitgliedern mit vorheriger Ankündigung an die Presse unter dem Vorwurf, Abrechnungsunregelmäßigkeiten nicht verfolgt zu haben. Die Begleitmusik liefern reißerische Medienberichte über die Betrüger in Weiß, denen die Selbstverwaltung keinen Einhalt gewähren könne und auch nicht wolle. Konkrete Anklagen oder gar Verurteilungen – dies zeigt die Erfahrung der Vergangenheit – werden aus diesen mit großer Emphase vorgebracht und von Krankenkassenvertretern auch nur zu gern öffentlich bestätigten Beschuldigungen nicht entstehen.

Die Vorwürfe haben aber dennoch Methode. Sie sind eine konzertierte Aktion, um die Ärzteschaft, vor allem aber ihre Körperschaften und deren berechnete Forderungen zu diskreditieren. Mit der Beschuldigung, Betrüger zu decken, wird die Legitimität und Handlungsfähigkeit der KVen in Frage gestellt. Wir erleben es in der Folge solcher Kriminalisierungs-Kampagnen dann immer wieder, wie mit den unbewiesenen Anklagen Politik gemacht wird: Entsprechende Blockade-Argumente, dass ja wohl genügend Geld im System sei, es nur gerecht verteilt werden müsse, oder dass die Ärzte offensichtlich unnötige Untersuchungen durchführten und abrechneten, tauchen sowohl in den Verhandlungen um den EBM mit den Kassen wie auch im Gesundheitsausschuss des Bundestages bei den Beratungen zum Arznei- und Heilmittelbudget auf. Hier bekommen die pauschalen Vorwürfe ihren Sinn.

Mit aller Deutlichkeit müssen wir an die Strafverfolgungsbehörden appellieren, sich nicht vor diesen politischen Karren spannen zu lassen. Das Abrechnungsverhalten unserer Mitglieder wird – in unser aller Interesse – überprüft und nachgewiesenes Fehlverhalten sanktioniert. Aber einen ganzen Berufsstand politisch zweckdienlich zu kriminalisieren, geht entschieden zu weit. Auch für die Ärzteschaft gilt Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“



Dr. Wolfgang Aubke,

2. Vorsitzender der KVWL

Kammerversammlung

Ärzteversorgung: Hohe Rendite gleich Belastungen aus	7
Solidarität gegen Rechtsradikalismus	8
Ärzte werden mit System verunglimpft	9

KV-Wahlen 2000

KVWL-Mitglieder hatten die Wahl	10
Amtliche Wahlbekanntmachung	25

Vertreterversammlung

Honorarzuwachs wird erneut verweigert	17
--	----

Fortbildung Arztfachhelferin

Neuer Kursus beginnt im Februar	13
---------------------------------	----

Magazin

Informationen aktuell	4
Persönliches	14
Ankündigungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der ÄKWL und KVWL	31
Fortbildung in den Verwaltungsbezirken	68
Bekanntmachungen der ÄKWL	17
Bekanntmachungen der KVWL	20

Impressum	24
-----------	----